



Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in der Stadt Düren

Sonderbericht im Rahmen des Projekts

„Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“

(Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin)

Dr. Frank Gesemann / Alexander Seidel



Berlin im März 2021

Dieser Bericht ist im Rahmen des Projekts „Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ entstanden (Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, Kooperationspartnerin: Hochschule für Angewandte Pädagogik, Berlin). Es handelt sich aber nicht um einen offiziellen Projektbericht, sondern um ein informelles Arbeitspapier, das für unsere Kooperations- und Gesprächspartner*innen in Düren erstellt wurde, damit Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung wieder in die Praxis zurückfließen können. Die Verantwortung liegt allein beim DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration.

Die Gesamtergebnisse des Projekts wurden in der Schriftenreihe des vhw veröffentlicht:

Frank Gesemann, Milena Riede, Alexander Seidel, Lea Freudenberg, Amanda Groschke und Antje Bruno 2021: Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung.

Impressum

Dr. Frank Gesemann (Gesamt-Projektleitung)
DESI – Institut für Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration
Nymphenburger Str. 2
10825 Berlin

Tel.: 030 / 814 86 502

E-Mail: Frank.Gesemann@t-online.de

Webseite: www.desi-sozialforschung-berlin.de

Inhalt

Das Projekt „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“	4
Bevölkerungsbefragung in Untersuchungsgebieten	5
Übersicht über die Ergebnisse im Städtevergleich	6
Ergebnisse in der Stadt Düren	7

Das Projekt „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“

Starke Demokratien brauchen ein lebendiges Gemeinwesen. Auf der Suche nach wirksamen Ansätzen und Strategien zur Aktivierung der Bevölkerung, zur Förderung von Engagement und Beteiligung sowie zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts richtet sich der Blick auf die Ebene der Stadtteile und Quartiere, wo vor Ort eine Stärkung der lokalen Demokratie bewirkt werden kann. Dabei ist eine Rückbesinnung auf die Soziale Arbeit und das Handlungsfeld der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit sowie ihre konzeptionellen Grundlagen interessant. Die Gemeinwesenarbeit nimmt zielgruppenübergreifend aktuelle Themen und Anliegen der Menschen vor Ort auf und unterstützt kollektives Empowerment. Durch gemeinsame Lern- und Austauschprozesse können die soziale Kohäsion und das demokratische Miteinander im Gemeinwesen gestärkt werden.

In unserer Studie sind wir der Frage nachgegangen, welches Potenzial die Gemeinwesenarbeit unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen zur Förderung der lokalen Demokratieentwicklung entfalten kann. Die vertiefenden Untersuchungen in fünf Quartieren ermöglichten Einblicke in die unterschiedlichen Akteursstrukturen und Arbeitsweisen der Gemeinwesenarbeit vor Ort sowie die demokratiefördernden Effekte auf individueller, zivilgesellschaftlicher und kommunaler Ebene. Als untersuchungsleitendes Raster diente dabei ein von uns entwickelte Wirkungsmodell, wobei wir vor allem Antworten auf die folgenden übergeordneten Fragestellungen gesucht haben:

1. Wie kann der **Anspruch** der Gemeinwesenarbeit an Empowerment, Aktivierung, Beteiligung, Netzwerkbildung und Demokratieförderung unter den aktuellen Rahmenbedingungen sowie Akteurs- und Förderstrukturen erfüllt und umgesetzt werden?
2. Welche **Potenziale und Defizite** können in der Aufgabenwahrnehmung der Gemeinwesenarbeit hinsichtlich der direkten und indirekten Demokratieförderung identifiziert werden?
3. Welche **ergänzenden Strukturen** (Programme, Akteure, Aktivitäten) wären notwendig, um die Aufgaben und Ziele der Gemeinwesenarbeit im Bereich der Demokratieförderung wahrzunehmen?

Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir in fünf Untersuchungsgebieten (Berlin Heerstraße Nord; Hamburg St. Pauli Süd; Dortmund Nordstadt; Dresden Prohlis; Düren) umfangreiche Erhebungen durchgeführt. Methodisch standen folgende Elemente im Vordergrund:

- Bestandsaufnahme und Sozialraumanalyse zur Sozial- und Akteursstruktur in den Quartieren sowie Dokumentenanalysen zu lokalen Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit,
- Expertengespräche vor Ort mit Akteuren und Trägern der lokalen Gemeinwesenarbeit, Nutzerinnen und Nutzern der Angebote sowie den zuständigen Stellen in der Verwaltung,
- Fokusgruppengespräche mit Bewohnerinnen und Bewohnern, lokalen Aktiven sowie Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Verwaltung, um die Wirkungen der Gemeinwesenarbeit auf lokale demokratische Prozesse zu diskutieren,
- Standardisierte Querschnittsbefragung von Menschen im Stadtteil, um lebensweltliches Wissen zur Gemeinwesenarbeit zu erfassen und lokale Bedarfe zu identifizieren.

Das Projekt „Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ wurde im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung und in Kooperation mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HSAP) durchgeführt.

Bevölkerungsbefragung in Untersuchungsgebieten

Die qualitativen Interviews und Gruppendiskussionen wurden in den fünf Untersuchungsgebieten um eine standardisierte Querschnittsbefragung in Form leitfadengestützter face-to-face-Interviews von Bewohnerinnen und Bewohnern ergänzt. Die Befragung richtete sich an Bewohnerinnen und Bewohner der von uns untersuchten Stadtteile, die im öffentlichen Raum ihres Wohnumfelds mit einem kurz gehaltenen, standardisierten Fragebogen in mündlich-persönlicher Form angesprochen wurden.

Der Fragebogen umfasste elf geschlossene Fragen zum subjektiven Empfinden des sozialen Zusammenlebens, dem Interesse am Geschehen im Stadtteil, dem Engagement für das Gemeinwesen, dem Vertrauen in die lokale Politik, der Bekanntheit und Nutzungshäufigkeit von Einrichtungen vor Ort sowie abschließend eine offene Frage zu Wünschen der Befragten im Hinblick auf eine Verbesserung von Partizipationschancen an der Entwicklung des Gemeinwesens vor Ort sowie die Abfrage sozio-demographischer Merkmale.

In jedem Quartier wurden im Sommer 2019 mindestens 120 Menschen befragt, wobei die Selektivität der Befragten durch verschiedene Maßnahmen reduziert wurde.¹ Insgesamt ergibt sich daraus eine Stichprobe, die dem Bevölkerungsquerschnitt in den jeweiligen Quartieren weit angenähert werden konnte und bei der von einer ausreichenden Repräsentativität ausgegangen werden kann, um Aussagen über das Quartier treffen zu können. Zu den im Fragebogen enthaltenen soziodemographischen Faktoren gehörten Alter und Geschlecht, Migrationsstatus sowie die subjektive Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage und die Wohndauer der Befragten im Quartier (vgl. Tabelle 1).

Die Orte, an denen die Befragten angesprochen wurden, verteilen sich jeweils über den gesamten Untersuchungsraum und umfassten insbesondere ruhigere Nebenstraßenzüge und gebäudenaher Grünanlagen, um die Wahrscheinlichkeit für die Ansprache von Bewohnenden des Gebiets zu erhöhen. In Düren wurde die Erhebung zu gleichen Teilen in den Stadtteilen Düren-Nord und Düren Süd-Ost durchgeführt, die wiederum in verschiedene Befragungsbereiche unterteilt waren.



*Übersichtskarte Stadtteile.
Düren-Nord und Düren Süd-Ost sind Teil der Kernstadt
(Stadt Düren)*

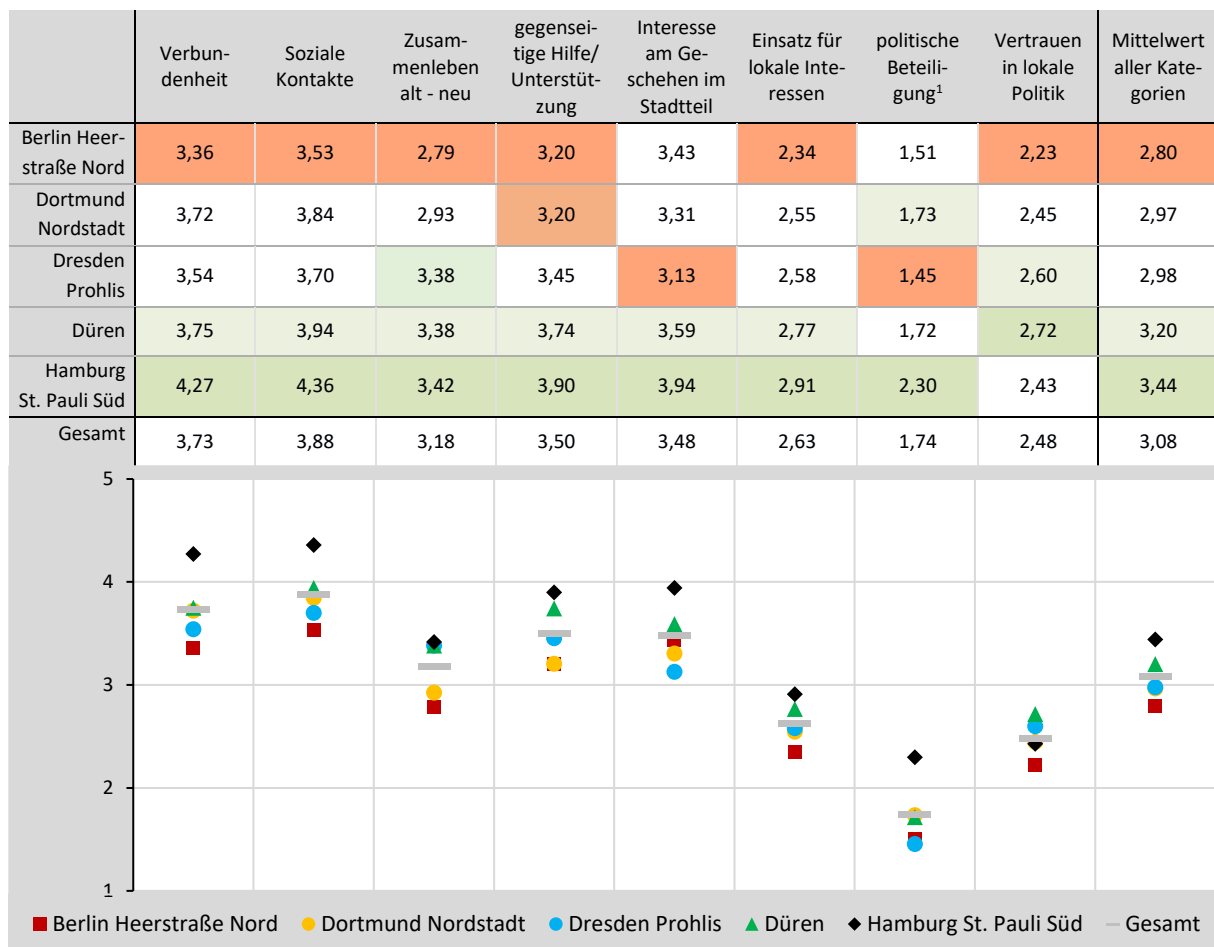
¹ Insbesondere Befragung an verschiedenen Orten, Befragung an verschiedenen Wochentagen und zu verschiedenen Tageszeiten, situative Strategien der Zufallsauswahl von Passantinnen und Passanten bei gleichzeitiger Orientierung wichtiger soziodemographischer Faktoren (Geschlecht und Altersgruppen) am Bevölkerungsquerschnitt des Stadtteils im Erhebungsverlauf.

Übersicht über die Ergebnisse im Städtevergleich

Die Ergebnisse der Befragung zeigen insgesamt ein eher positives Bild des sozialen Zusammenlebens in den Quartieren und ein hohes Interesse für das Geschehen im Stadtteil, wobei sich jedoch nur wenige aktiv für das Gemeinwesen und für lokale Interessen einsetzen. Sehr gering ist das Vertrauen in die (lokale) Politik. Daraus ergibt sich ein erstes Gesamtbild weitestgehend passiver und kaum engagierter, aber sozial funktionierender Quartiere. Im Einzelnen unterscheiden sich die Stadtteile jedoch deutlich und weisen einige Spezifika auf (vgl. Abbildung 1):

Abbildung 1: Mittelwerte in der jeweiligen Fragenkategorie im Städtevergleich

Zugrunde gelegt ist eine Skala von 1 (niedrige Werte) bis 5 (hohe Werte). Hervorgehoben sind jeweils die beiden höchsten und der niedrigste Wert.



¹ Mittelwert der drei abgefragten Formen politischer Beteiligung, zur Vergleichbarkeit normiert auf eine 5er-Skala.

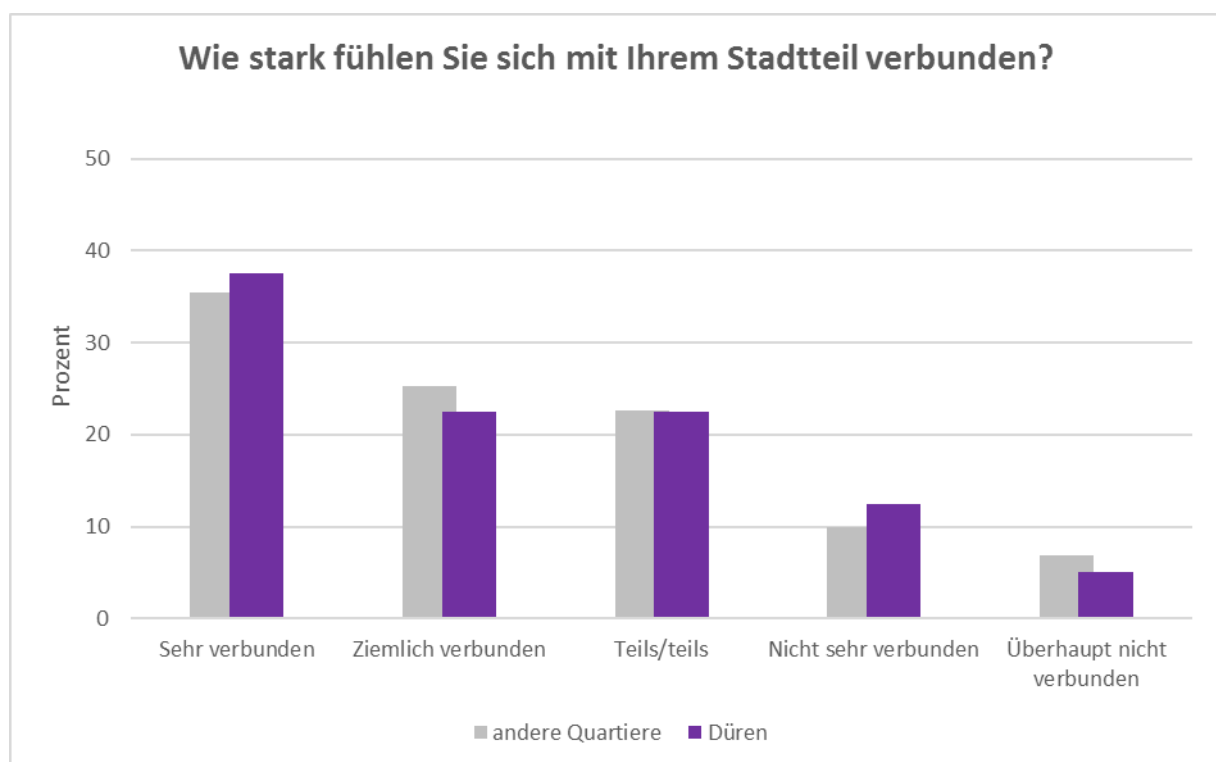
Die Ergebnisse für Düren zeichnen sich im Städtevergleich durch eine große Konstanz aus. Bemerkenswert ist vor allem, dass Düren beim Vertrauen in lokale Politik den höchsten Wert von allen Untersuchungsgebieten aufweist. In sechs (von acht) Kategorien nimmt die Stadt (jeweils hinter Hamburg St. Pauli) einen zweiten Rang ein. Allein in der Kategorie politische Beteiligung liegt Düren (knapp hinter der Dortmunder Nordstadt) mit einem sehr durchschnittlichen Wert auf dem dritten Rang. Die Werte spiegeln die – im Vergleich zu den Großstädten – größere räumliche Nähe in einer Mittelstadt und geringeren sozialen und politischen Distanzen wider und unterstreichen noch einmal die Sonderrolle von Hamburg St. Pauli Süd.

Ergebnisse in der Stadt Düren

Verbundenheit mit dem Stadtteil

Knapp über 60 Prozent aller Befragten in den fünf Untersuchungsgebieten² fühlen sich mit ihrem jeweiligen Stadtteil „sehr verbunden“ (36 %) oder „ziemlich“ verbunden (25 %); 17 Prozent fühlen sich „nicht sehr“ oder „überhaupt nicht“ verbunden“ (Düren: 60 % bzw. 18 %). Die Spannweite der Ergebnisse ist sehr groß: Sie reicht bei den Befragten, die sich ihrem Stadtteil „sehr“ oder „ziemlich“ verbunden fühlen, von 80 Prozent in Hamburg St. Pauli Süd bis zu 49 Prozent in Berlin Heerstraße Nord. Die Werte für Düren unterscheiden sich kaum vom Durchschnittswert der anderen Quartiere; allein der Anteil der Befragten, die sich mit ihrem Stadtteil „sehr verbunden“ (37%) fühlen, sticht als zweithöchster Wert im Sample (hinter Hamburg St. Pauli Süd) etwas hervor.

Abbildung 2: Verbundenheit mit dem Stadtteil im Gebiet Düren



DESI 2020

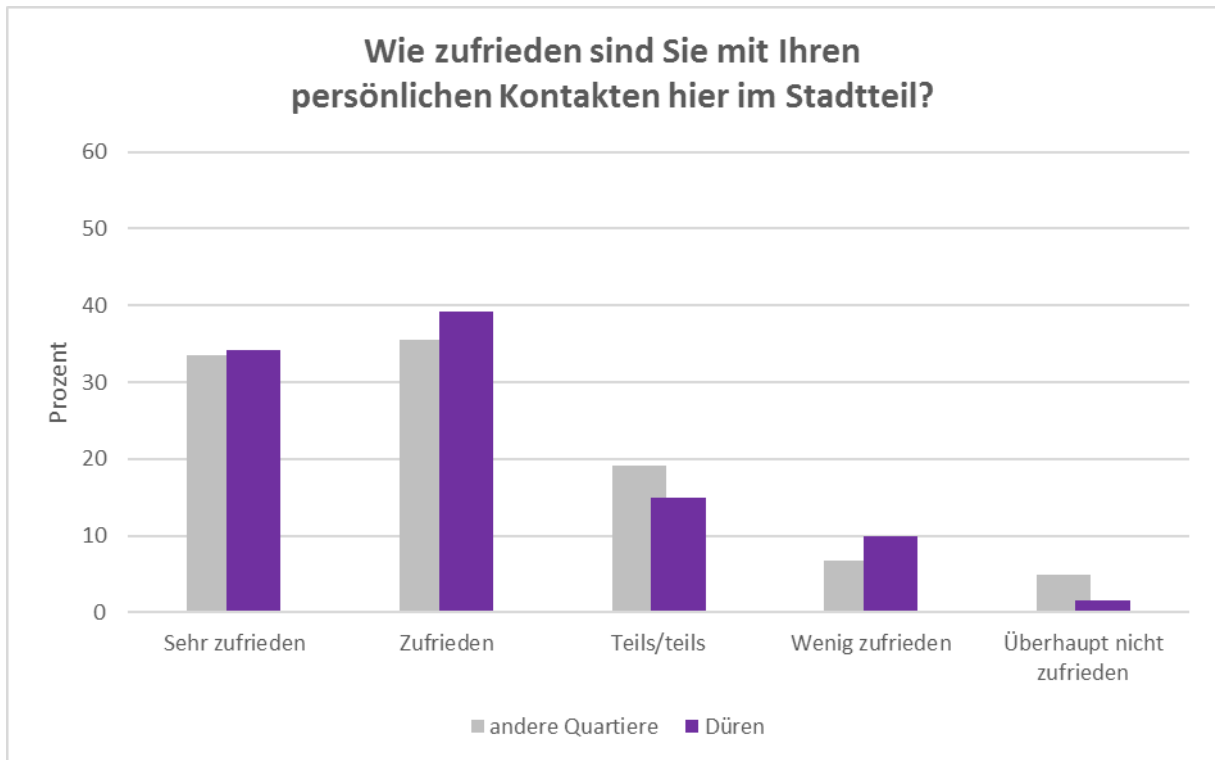
Zufriedenheit mit persönlichen Kontakten im Stadtteil

Über zwei Drittel aller Befragten sind mit ihren persönlichen Kontakten im Stadtteil „sehr zufrieden“ (34 %) oder „zufrieden“ (36 %). Elf Prozent berichten davon, dass sie „wenig“ (7 %) oder „überhaupt nicht“ (4 %) zufrieden sind. Auch diese Werte unterscheiden sich teilweise deutlich im Vergleich der untersuchten Stadtteile, wobei sich eine ähnliche Verteilung wie in der Bewertung der Verbundenheit mit dem Stadtteil zeigt. In Düren weichen die Anteile nur leicht vom Durchschnitt aller Quartiere ab. 73 Prozent der Befragten zeigen sich „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ mit ihren Kontakten im Stadtteil: nur zwölf Prozent sind „wenig zufrieden“ oder „überhaupt nicht zufrieden“.

² Diese Darstellung von Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung bezieht sich auf die Befragten in allen fünf Untersuchungsgebieten. In den Abbildungen werden darüber hinaus die Ergebnisse für das jeweilige Untersuchungsgebiet den Durchschnittswerten für die vier anderen Quartiere gegenübergestellt.

Die Zufriedenheit mit den persönlichen Kontakten im Stadtteil ist in hohem Maße von der subjektiven wirtschaftlichen Lage der Befragten abhängig: Je negativer diese bewertet wird, desto geringer ist die Zufriedenheit mit den persönlichen Kontakten. Die Qualität persönlicher Kontakte als Ausdruck sozialer Integration und sozialen Kapitals stellt damit – trotz insgesamt hoher Bewertung – in benachteiligten Stadtteilen eine besondere Herausforderung dar.

Abbildung 3: Zufriedenheit mit persönlichen Kontakten im Gebiet Düren

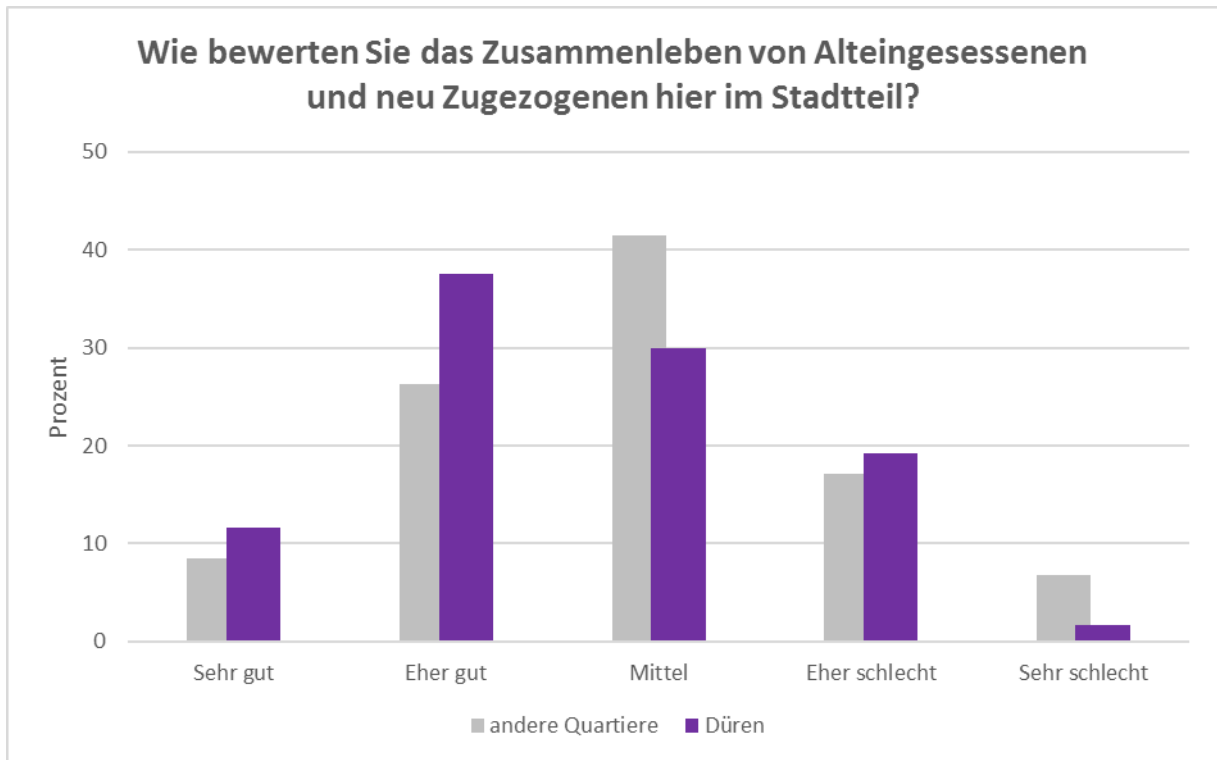


DESI 2020

Bewertung des Zusammenlebens von Alteingesessenen und Neuzugezogenen

Die Fragestellung dieser Kategorie zielt bewusst auf das Verhältnis zwischen „alteingesessenen“ und „neuzugezogenen“ Bevölkerungsgruppen, wobei letztere – darauf deuten die Bemerkungen der Befragten hin – oft mit „Migrantinnen und Migranten“ assoziiert werden. In der Bewertung des Zusammenlebens zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen einer (eher) positiven Bewertung in Düren, Hamburg St. Pauli Süd und Dresden-Prohlis sowie einer (eher) negativen Bewertung in Berlin Heerstraße Nord und in der Dortmunder Nordstadt. In Düren bewerten fast die Hälfte der Befragten das Zusammenleben (eher) positiv (49 %), während es in Berlin Heerstraße Nord nur ein Viertel ist. Der Anteil (eher) negativer Bewertungen liegt in Düren mit 21 Prozent ebenfalls leicht unter dem Durchschnitt.

Abbildung 4: Bewertung des Zusammenlebens im Gebiet Düren

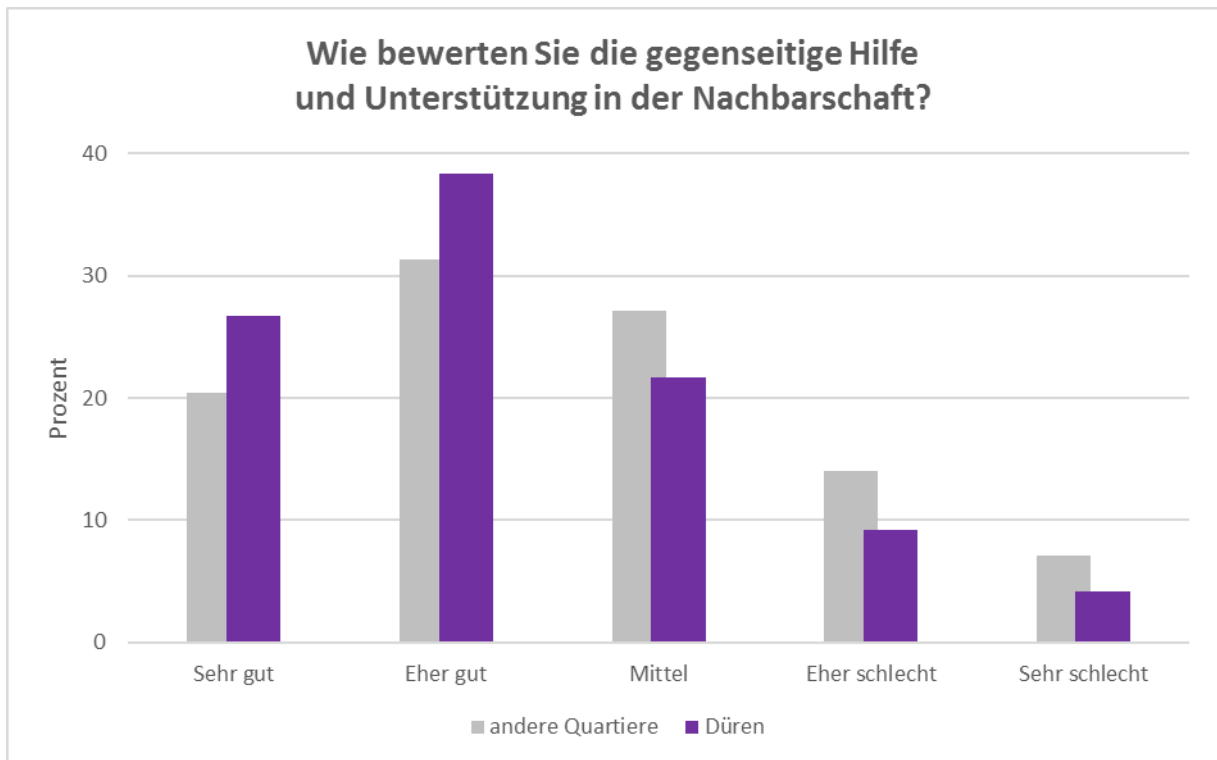


DESI 2020

Bewertung gegenseitiger Hilfe und Unterstützung im Stadtteil

Mit 54 Prozent berichtet mehr als die Hälfte aller Befragten von einer positiven Bewertung gegenseitiger Hilfe und Unterstützung in der Nachbarschaft (sehr gut: 21 %, eher gut: 33 %). Die Ausprägung eines „eher“ oder „sehr schlechten“ nachbarschaftlichen Miteinanders unterscheidet sich dabei deutlich zwischen den Stadtteilen und liegt zwischen sieben Prozent in St. Pauli Süd und 35 Prozent im Berliner Quartier Heerstraße Nord. In Düren liegen die Werte deutlich über dem Durchschnitt aller Quartiere: 65 Prozent der Befragten bewerten die gegenseitige Hilfe und Unterstützung in der Nachbarschaft als „sehr gut“ oder „eher gut“, nur 13 Prozent als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“.

Abbildung 5: Bewertung von gegenseitiger Hilfe und Unterstützung im Gebiet Düren



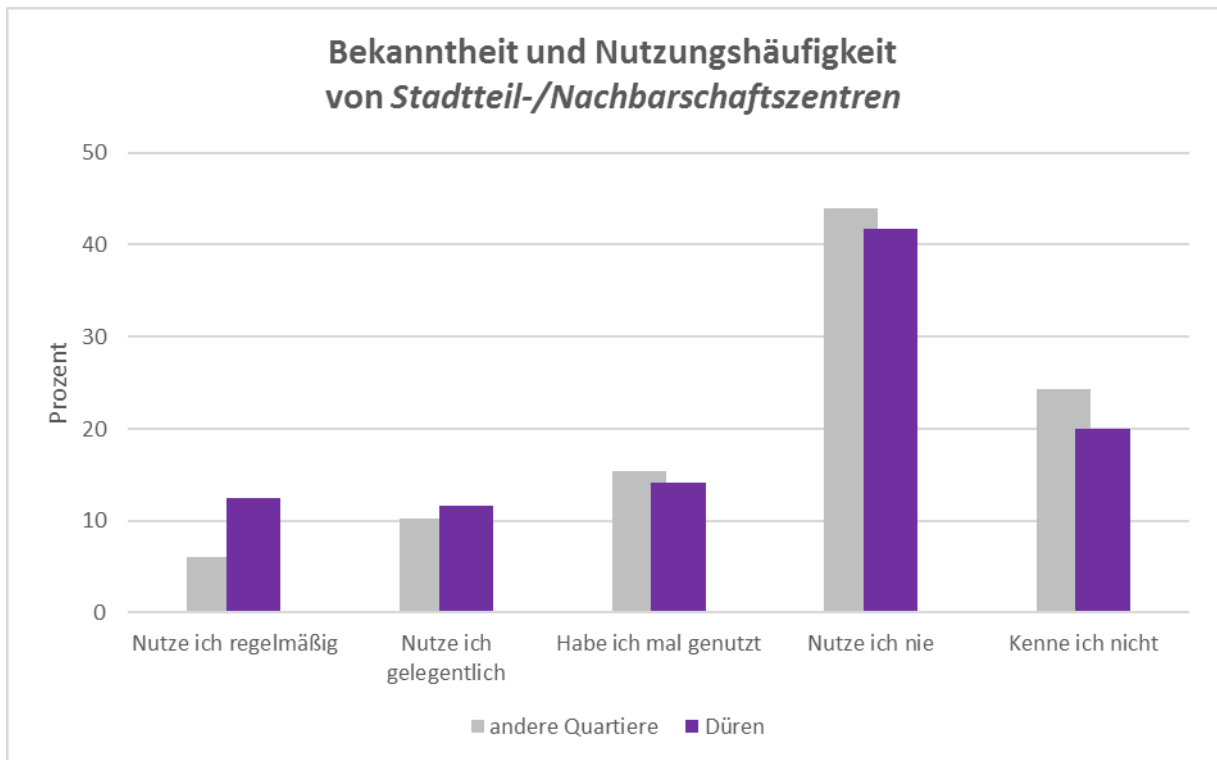
DESI 2020

Bekanntheit und Nutzung von Einrichtungen im Stadtteil

Gefragt haben wir zudem nach Einrichtungen im Stadtteil wie Beratungsstellen, Stadtteil-/Nachbarschaftszentren, Familienzentren und kulturellen Einrichtungen. Wir wollten von den Befragten wissen, ob sie diese kennen und wie häufig sie diese nutzen. Insgesamt zeigt sich, dass nur eine Minderheit die Einrichtungen „regelmäßig“ oder „gelegentlich“ nutzt. Die Anteile der Befragten, die die Einrichtungen entweder nicht kennen oder nie nutzen, sind erheblich. Kulturelle Einrichtungen werden insgesamt am häufigsten genutzt (32 %), gefolgt von Stadtteil-/Nachbarschaftszentren (18 %), Beratungsstellen (15 %) und Familienzentren (11 %).

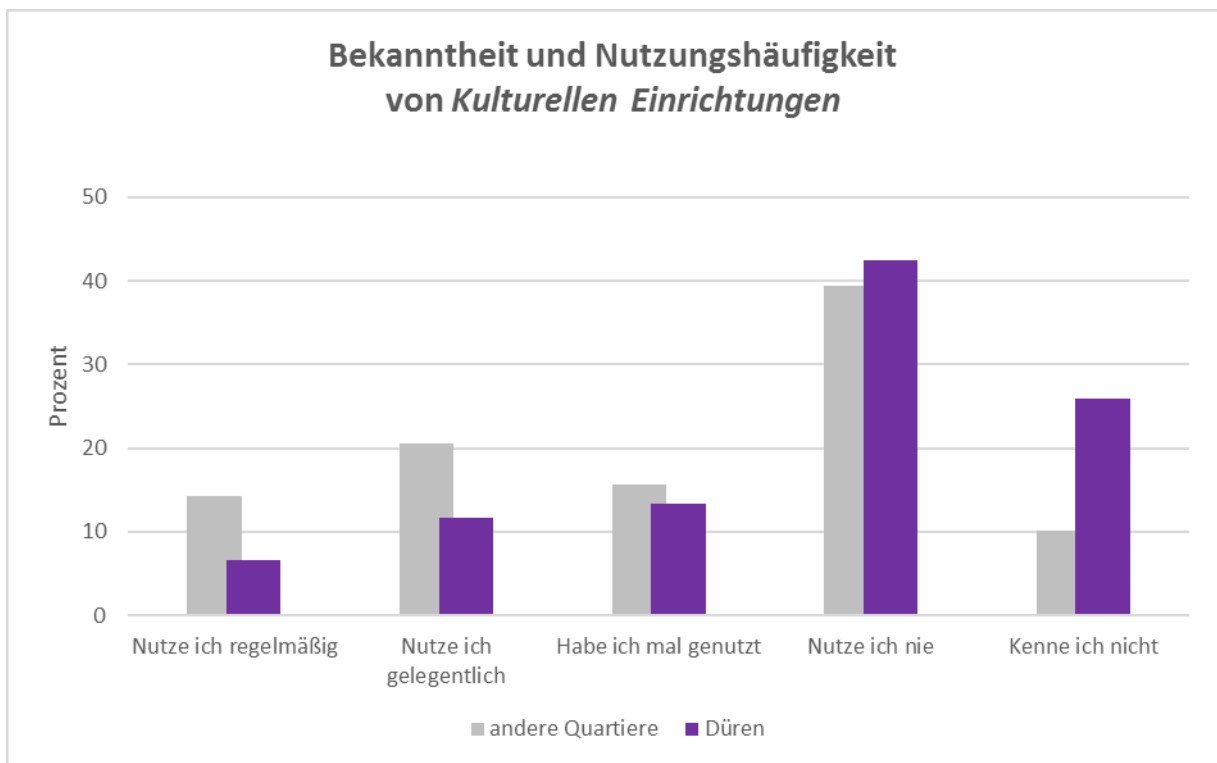
Die Nutzung von Einrichtungen im Stadtteil unterscheidet sich deutlich zwischen den untersuchten Gebieten. Während Stadtteil-/Nachbarschaftszentren und Familienzentren in Düren überdurchschnittlich häufig genutzt werden, liegt der Anteil der Nutzerinnen und Nutzer von kulturellen Einrichtungen deutlich unter dem Durchschnittswert aller Quartiere. Am häufigsten genutzt („regelmäßig“ oder „gelegentlich“) werden dabei Stadtteil-/Nachbarschaftszentren (24 %), gefolgt von kulturellen Einrichtungen (18 %), Familienzentren (17 %) und Beratungsstellen (16 %).

Abbildung 6: Nutzung von Stadtteil- und Nachbarschaftszentren im Gebiet Düren



DESI 2020

Abbildung 7: Nutzung von kulturellen Einrichtungen im Gebiet Düren

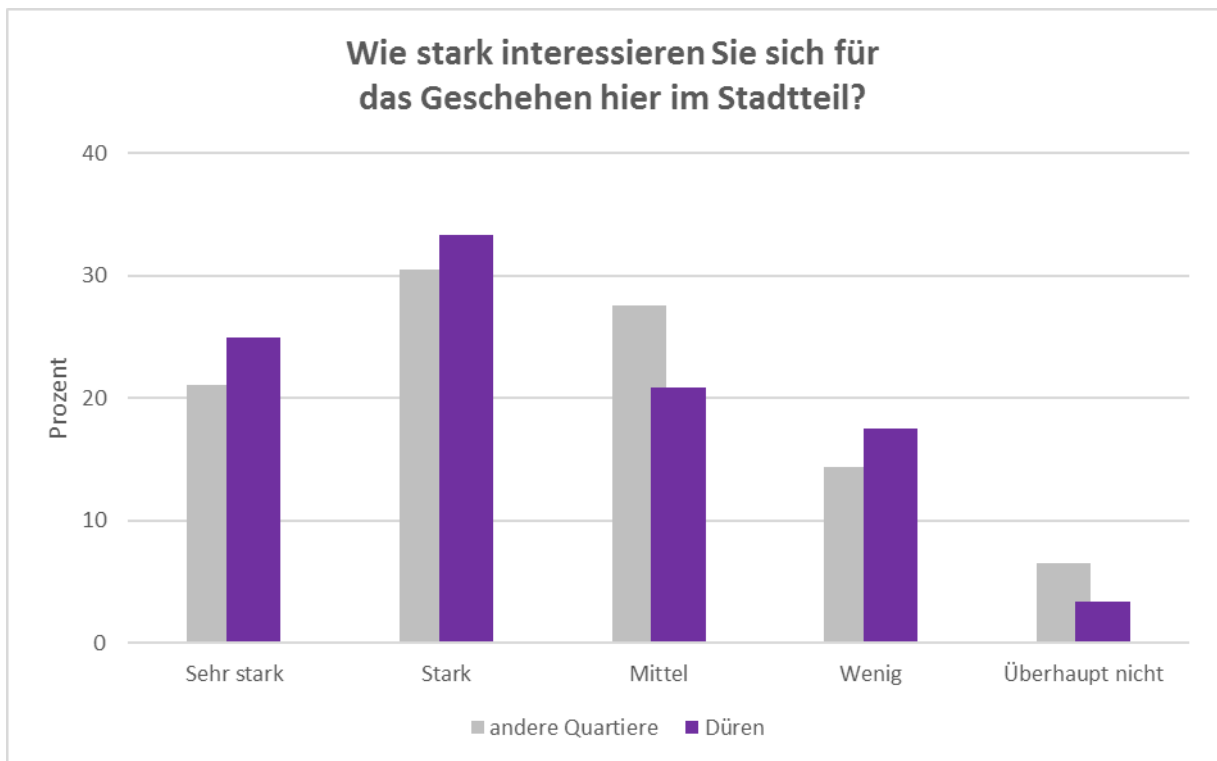


DESI 2020

Interesse am Geschehen im Stadtteil

Etwas mehr als die Hälfte aller Befragten (53 %) zeigen sich „sehr stark“ oder „stark“ interessiert am Geschehen im Stadtteil; knapp 21 Prozent sind „wenig“ oder „gar nicht“ interessiert. Die Ausprägung eines sehr starken Interesses unterscheidet sich ebenfalls deutlich zwischen den Stadtteilen und reicht von 31 Prozent in St. Pauli Süd bis 14 Prozent in Dresden Prohlis. In Düren ist die Polarisierung zwischen denjenigen, die sich (sehr) für das Geschehen im Stadtteil interessieren (58 %) und jenen, die wenig oder gar kein Interesse zeigen, stark ausgeprägt (21 %) (vgl. Abbildung 8).

Abbildung 8: Interesse am Geschehen im Stadtteil im Gebiet Düren



DESI 2020

Engagement für die Interessen der Wohngegend und Beteiligung an Nachbarschaftsaktionen

Etwa ein Viertel der Befragten setzt sich nach eigenen Angaben selbst „sehr stark“ oder „stark“ für die Interessen ihrer Wohngegend und der dort lebenden Menschen ein (sehr stark: 10 %, stark: 15 %). Hier zeigt sich tendenziell eine Dreiteilung der Untersuchungsgebiete mit hohen (St. Pauli Süd, Düren), mittleren (Dortmund Nordstadt) und eher niedrigen Werten (Dresden Prohlis, Berlin Heerstraße Nord). Während sich in Düren und St. Pauli Süd etwa jeder Dritte und in Dortmund Nordstadt jeder Vierte persönlich für die Interessen seines Quartiers einsetzt, ist es in Spandau Heerstraße nur jeder Fünfte (19 %) (vgl. Abbildung 9).

Bei der Frage nach der Beteiligung an öffentlichen Nachbarschaftsaktionen zeigt sich ein ähnliches Muster: 38 Prozent der Befragten in St. Pauli Süd, aber nur 22 Prozent der Befragten in Dresden Prohlis beteiligen sich regelmäßig oder gelegentlich an Aktionen in der Nachbarschaft. In Düren zeigt sich bei dieser Frage ein insgesamt höheres Beteiligungsniveau als im Durchschnitt der anderen Untersuchungsgebiete (noch nie beteiligt: 42 % bzw. 53 %). Der vergleichsweise geringe Prozentsatz derer, die dies „regelmäßig“ tun (6 %), weist jedoch darauf hin, dass diese Form der Beteiligung von den Anwohnenden in Düren nicht als routinemäßiges Instrument wahrgenommen wird (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 9: Engagement für die Interessen der Wohngegend im Gebiet Düren

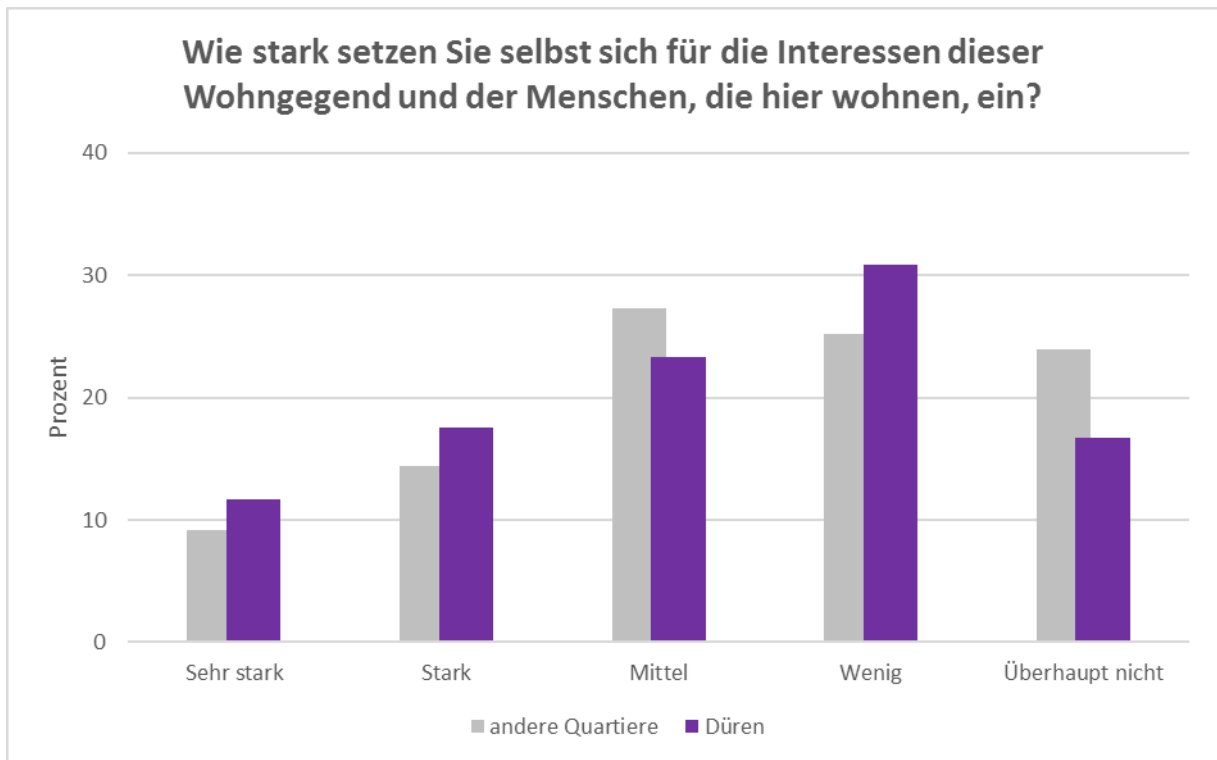
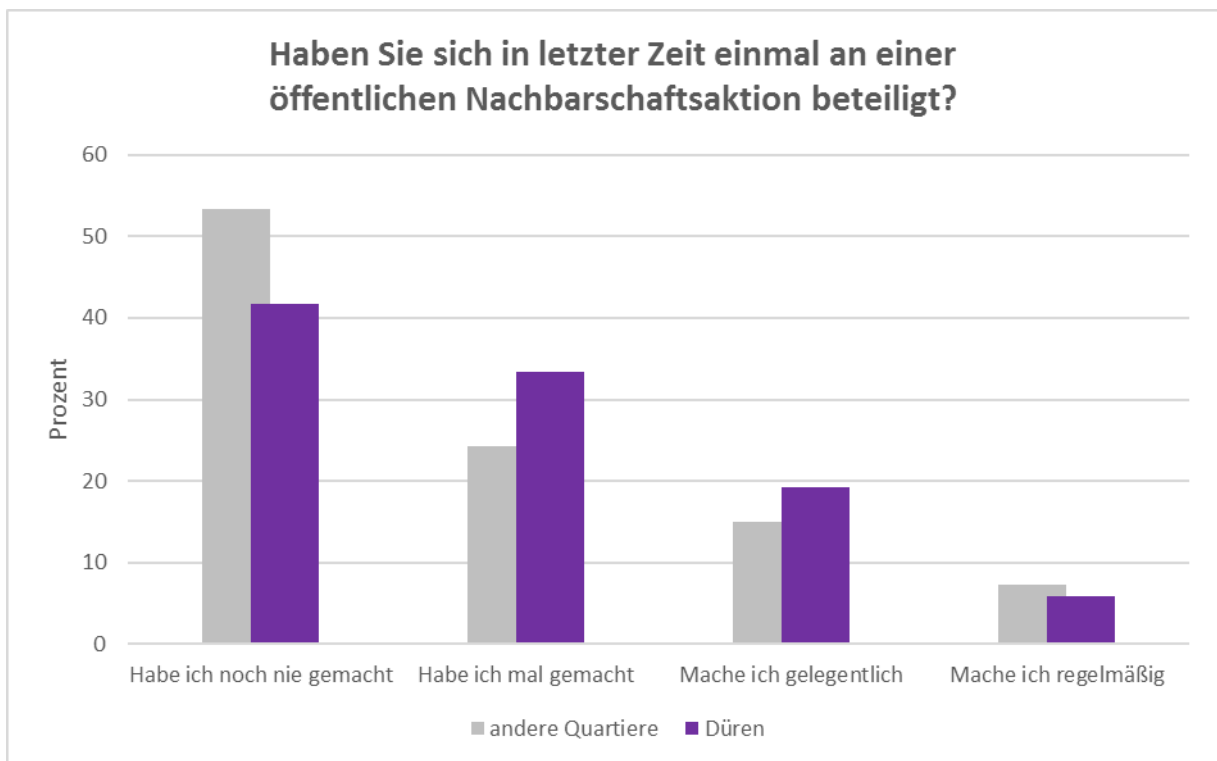


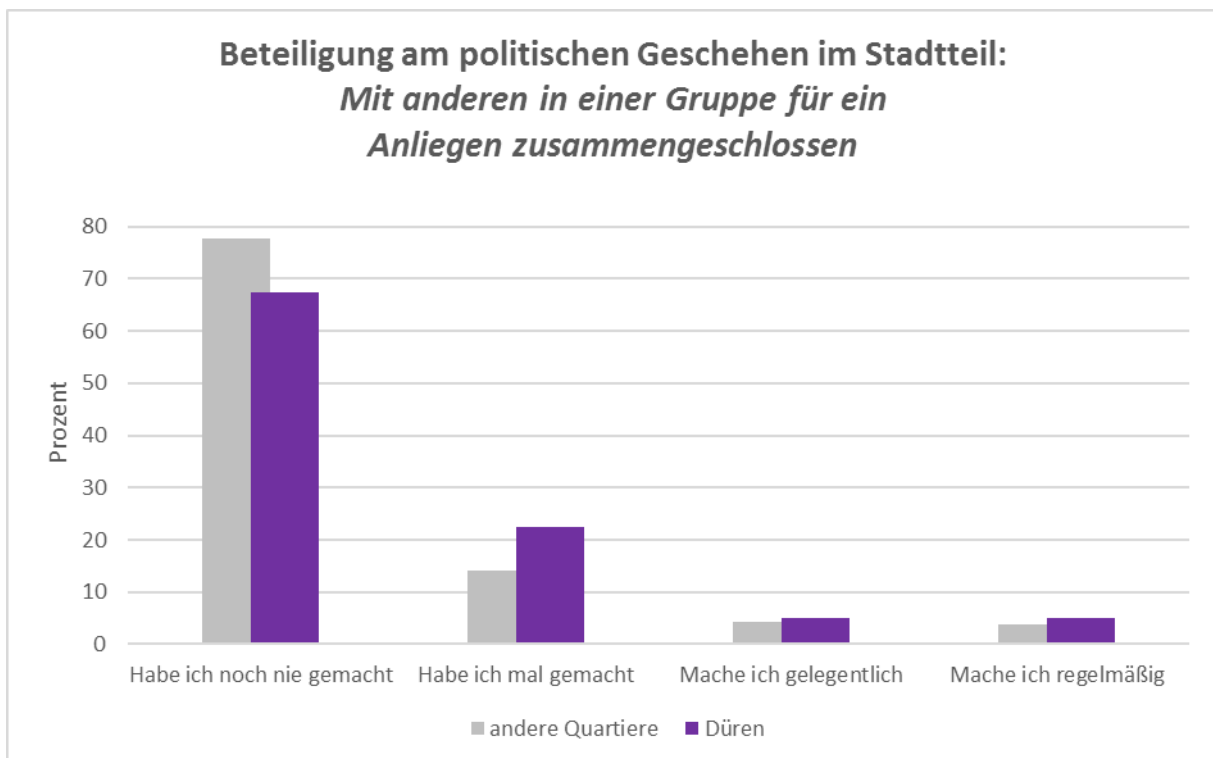
Abbildung 10: Beteiligung an öffentlichen Nachbarschaftsaktionen im Gebiet Düren



Politische Beteiligung im Stadtteil

Zwischen sechs und 18 Prozent aller Befragten in den fünf Untersuchungsgebieten engagieren sich im engeren Sinne politisch, wenden sich – „regelmäßig“ oder „gelegentlich“ – mit einem Anliegen an Politiker oder Gremien (6 %), schließen sich mit anderen in einer Gruppe zusammen, um ein bestimmtes Anliegen zu verfolgen oder nehmen an Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen teil. In zumindest einer der genannten Formen beteiligen sich 23 Prozent aller Befragten. Die Anteile der politischen Beteiligungsformen variieren wiederum sehr stark zwischen den verschiedenen Untersuchungsgebieten, wobei die Werte für Düren zum Teil deutlich unter dem Durchschnitt aller Quartiere („an einer Demonstration oder Unterschriftenaktion beteiligt“), zum Teil aber auch über dem Durchschnitt liegen („mit einem Anliegen an Politiker oder an ein Gremium gewandt“). 14 Prozent der Befragten in St. Pauli Süd, zwölf Prozent in der Dortmunder Nordstadt und zehn Prozent in Düren, aber nur drei Prozent der Befragten in Berlin Heerstraße Nord und Dresden Prohlis geben zudem an, sich regelmäßig oder gelegentlich in einer Gruppe für ein Anliegen zusammengeschlossen zu haben (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Politische Beteiligung im Stadtteil im Gebiet Düren

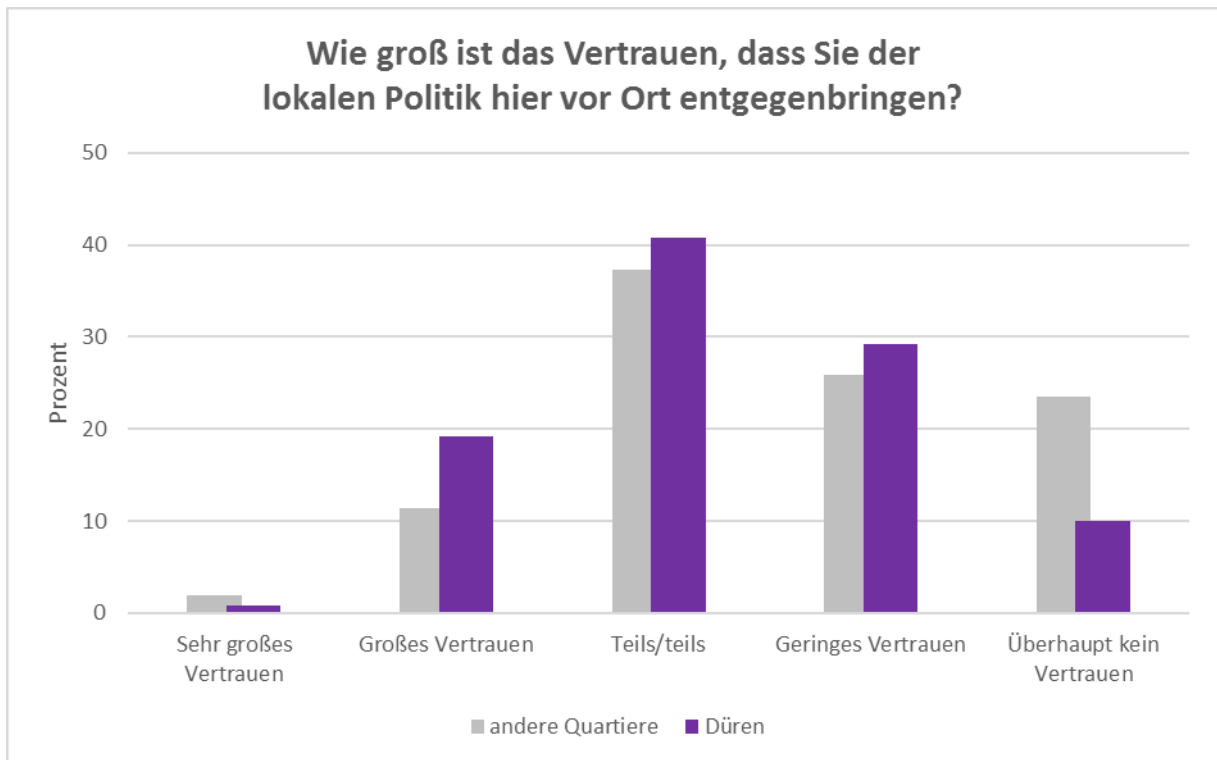


DESI 2020

Vertrauen in lokale Politik

Eine der Kernfragen der Bevölkerungsbefragung in den Untersuchungsgebieten war die nach dem Vertrauen, das die Befragten der lokalen Politik entgegenbringen. Das ernüchternde Ergebnis zeigt, dass nur 15 Prozent der Befragten ein „sehr großes“ oder „großes“ Vertrauen in die lokale Politik haben. Knapp die Hälfte aller Befragten zeigt hingegen nur ein „geringes“ oder „überhaupt kein Vertrauen“ (26 % bzw. 21 %). Beim Vergleich der Untersuchungsgebiete zeigt sich ein etwas überraschendes Ergebnis: Das größte Vertrauen wird der lokalen Politik in der Mittelstadt Düren entgegengebracht, das geringste Vertrauen findet sich im Berliner Gebiet Heerstraße Nord. Aber auch in der Stadt Düren bringen nur 20 Prozent der Befragten der Politik vor Ort „sehr großes“ oder „großes Vertrauen“ entgegen; 39 Prozent zeigen nur ein „geringes“ oder „sehr geringes“ Vertrauen (vgl. Abbildung 12).

Abbildung 12: Vertrauen in lokale Politik im Gebiet Düren



DESI 2020

Zusammenhänge mit soziodemographischen Faktoren

In den Fragekategorien zeigen sich bei allen Befragten zum Teil signifikante Zusammenhänge mit soziodemographischen Faktoren (vgl. Tabelle 3). Die wichtigste Determinante stellt dabei die subjektive wirtschaftliche Lage der Befragten dar. Insbesondere das Vertrauen in die Politik und die Bewertung des sozialen Miteinanders im Stadtteil nehmen mit negativerer Bewertung der subjektiven wirtschaftlichen Lage ab. Gemeinwesenorientierte Angebote, insbesondere Beratungsangebote, werden jedoch häufiger nachgefragt, was belegt, dass zentrale Zielgruppen erfolgreich angesprochen werden.

Geschlecht oder Migrationshintergrund haben dagegen nur vereinzelt einen Einfluss auf die Bewertung der Fragen, zeigen in diesen Fällen aber interessante Zusammenhänge auf. So bewerten Frauen nicht nur das Zusammenleben zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen als positiver, sondern nutzen auch etwas häufiger Stadtteil- und Nachbarschaftszentren und beteiligen sich etwas häufiger an Nachbarschaftsaktionen. Die traditionelle gesellschaftliche Rollenzuschreibung der Care- und Sorgearbeit findet sich in ihrer ‚stadtteilbezogenen‘ Entsprechung somit – wenn auch nur leicht signifikant – auch in der Gemeinwesenarbeit wieder.

Table 2: Statistische Zusammenhänge – dargestellt sind die Signifikanzniveaus teststatistischer Mittelwertvergleiche für den jeweiligen Zusammenhang (Mann-Whitney-U-Test für Geschlecht und Migrationshintergrund sowie Kruskal-Wallis-Test für Altersgruppen, wirtschaftliche Lage und Stadtteil).

Hervorgehobene Signifikanzniveaus: ■ signifikant ($p < 0,05$), ■ sehr signifikant ($p < 0,01$), ■ hoch signifikant ($p < 0,001$).

	Altersgruppen	Geschlecht	Migrationshintergrund	Wirtschaftliche Lage	Stadtteil
Verbundenheit mit dem Stadtteil	0,004	0,917	0,348	0,543	0,000
Zufriedenheit mit persönlichen Kontakten im Stadtteil	0,029	0,165	0,782	0,000	0,000
Bewertung des Zusammenlebens Alteingesessene/neu Zugezogene	0,722	0,016	0,674	0,011	0,000
Bewertung der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung im Stadtteil	0,752	0,670	0,758	0,022	0,000
Bekanntheit/Nutzungshäufigkeit von Stadtteil-/Nachbarschaftszentren	0,124	0,017	0,871	0,019	0,003
Interesse am Geschehen im Stadtteil	0,018	0,962	0,141	0,304	0,000
Persönlicher Einsatz für die Interessen der Wohngegend	0,045	0,655	0,748	0,080	0,003
Beteiligung an öffentlichen Nachbarschaftsaktionen	0,408	0,050	0,250	0,020	0,000
Beteiligung am politischen Geschehen im Stadtteil	0,147	0,549	0,001	0,851	0,000
Vertrauen in die lokale Politik	0,215	0,800	0,000	0,009	0,003

Ein Migrationshintergrund spielt bei der Bewertung der Fragen keine Rolle, mit zwei deutlichen Ausnahmen: Migrantinnen und Migranten haben ein deutlich höheres Vertrauen in die (lokalen) politischen Institutionen, beteiligen sich aber selbst deutlich seltener am *politischen* Geschehen im Stadtteil (nicht jedoch am Geschehen im Stadtteil an sich). 24 Prozent der Migrantinnen und Migranten besitzen (sehr) großes politisches Vertrauen, unter den Befragten ohne Migrationshintergrund liegt dieser Anteil lediglich bei neun Prozent (geringes/kein Vertrauen: 40 % bzw. 52 %). Im Gegensatz hierzu beteiligen sich jedoch nur 17 Prozent der Migrantinnen und Migranten gelegentlich oder regelmäßig am politischen Geschehen, aber 27 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund.

Qualitative Studien bieten mögliche Erklärungen dieses bemerkenswerten Befundes: Befragte mit Migrationshintergrund berichten über Diskriminierungserfahrungen und beklagen die Stigmatisierung des Stadtteils. Die damit einhergehende Beeinträchtigung ihrer Lebensperspektiven erleben sie als Widerspruch zu den Aufstiegsversprechen moderner Gesellschaften. Sie betonen die Bedeutung von lokaler Politik, erleben diese aber häufig als unnahbar. Den meisten mangelt es an „positiven Interaktionen“ mit lokaler Politik und viele wünschen sich mehr „diskursive Räume“ sowie „direkte Formen der Kommunikation mit, aber auch über Politik“.

Wünsche der Befragten in allen Untersuchungsgebieten zur Förderung von Beteiligung

Die abschließende offene Frage des Fragebogens zielte auf Wünsche der Befragten, damit „Sie oder andere Anwohner sich mehr in diesem Stadtteil einbringen können“. Hierbei wurden die Antworten von den Interviewerinnen und Interviewern in paraphrasierter Form dokumentiert und im Auswertungsprozess induktiv, also vom Sinngehalt der Antworten ausgehend kategorisiert. Die Anwohnenden antworteten meist auskunftsfreudig und freizügig, sodass von etwa drei Viertel aller Befragten relevante Aussagen dokumentiert werden konnten. Nicht nur bei dieser Frage zeigte sich, dass die Befragten – sobald sie das Anliegen erkannten – meist eine große Offenheit für die Befragung mitbrachten und überrascht und erfreut waren, dass sie nach ihren eigenen Interessen befragt werden. Zumeist gingen die Antworten auch über die Fragestellung hinaus oder an dieser vorbei, sodass die offene Frage für die Befragten zu einer Möglichkeit avancierte, ihre Meinung über den Stadtteil und ihre Mitmenschen loszuwerden oder Anliegen und Probleme des Stadtteils aus ihrer Sicht zu berichten.

Die am häufigsten genannten Bedarfe beziehen sich dabei auf öffentliche Infrastrukturen und Angebote (in über einem Drittel aller Aussagen genannt). Insbesondere werden fehlende Treffpunkte, Kulturangebote und soziale Einrichtungen (vor allem für Kinder und Jugendliche) bemängelt, wobei die geringe Nutzungshäufigkeit und der geringe Bekanntheitsgrad bestehender Einrichtungen die Frage aufwirft, ob dieser Aussage ein Vermittlungsdefizit vorhandener Strukturen zugrunde liegt. Städteübergreifend häufig genannt werden auch Verweise auf ein fehlendes Miteinander und Gemeinschaftlichkeit bzw. der Wunsch nach einem engeren Zusammenhalt und mehr Kommunikation und Austausch im Stadtteil. Häufig wird dabei eine gegenseitige Entfremdung kritisiert, sodass sich „heute niemand mehr gegenseitig kenne“ oder „niemand mehr miteinander rede“.

Neben diesen beiden am häufigsten genannten Kategorien lassen sich einige weitere erkennen, die jedoch teils erhebliche Unterschiede in der Häufigkeit ihrer Nennung in den einzelnen Städten aufweisen und damit auf weitere stadtspezifische Charakteristika verweisen. So äußert in Hamburg St. Pauli, aber auch in Düren etwa ein Viertel der Befragten den Wunsch nach Verbesserungen auf politischer Ebene/„der Politik“, während dieses Motiv in den anderen Städten nur in etwa jeder zehnten Aussage und damit deutlich seltener eine Rolle spielt. Während in St. Pauli Süd dabei das politische Selbstverständnis zum Tragen kommt – wobei die Befragten von den Verantwortlichen insbesondere die Einrichtung von Beteiligungsmöglichkeiten für Eigeninitiative und strukturelle politische Veränderungen erwarten –, nehmen viele Befragte in der Stadt Düren ‚ihre‘ Politiker direkt in die Verantwortung, sich vor Ort zu zeigen, ansprechbar zu sein und sich um lokale Sorgen und Probleme zu kümmern.

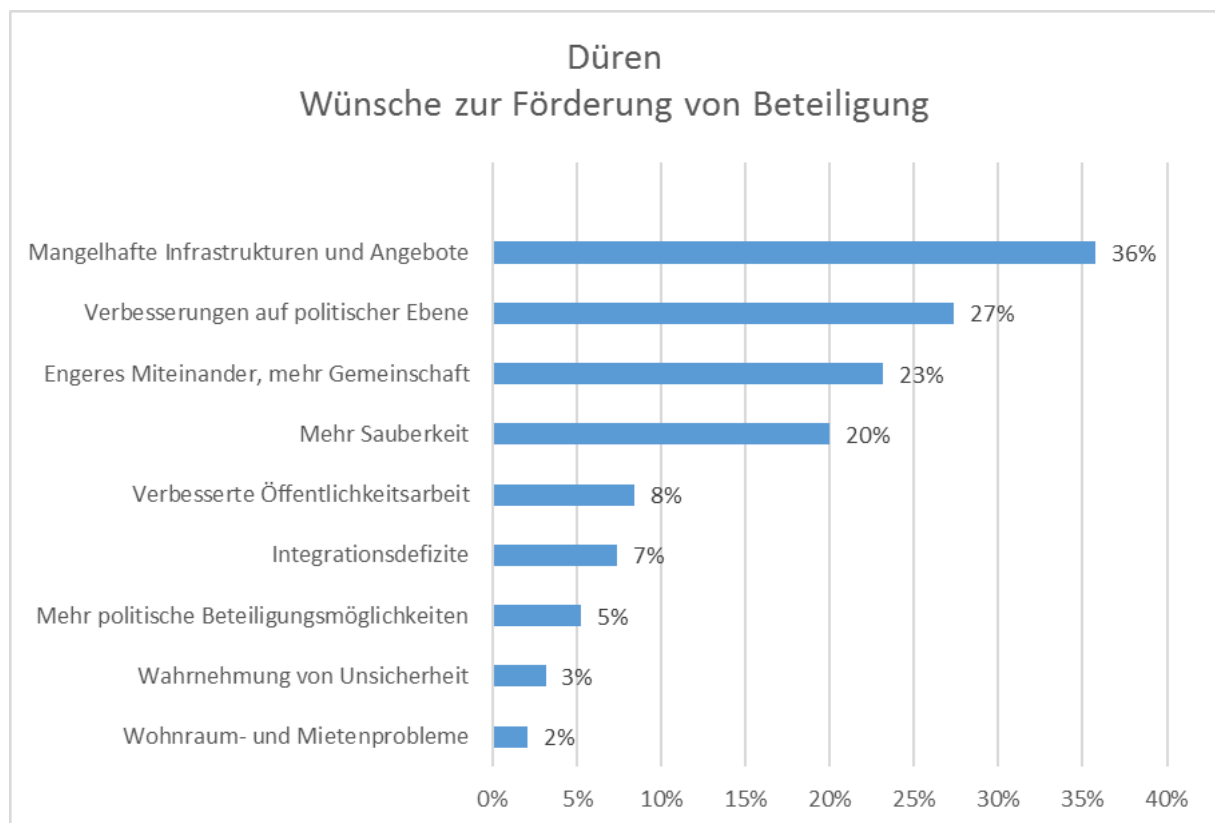
Zu den weiteren Antwortkategorien gehören die ‚klassischen‘ Ordnungswünsche nach Sauberkeit und Sicherheit. Erstgenanntes gehört vor allem im Quartier Berlin Heerstraße Nord (25 %) und in Düren (20 %) zu den dominanten Themen. Wahrnehmungen von Unsicherheit werden ebenfalls an der Heerstraße (22 %) sowie in der Dortmunder Nordstadt (29 %) thematisiert, spielen in den anderen Stadtteilen jedoch nur eine untergeordnete Rolle. In den Großstädten geht es dabei meist um den öffentlichen Handel mit und Konsum von Drogen und Alkohol. Kontrovers ist dabei der gelegentlich genannte Wunsch nach einer erhöhten Präsenz von Sicherheitskräften, dem der konträre Wunsch nach weniger Präsenz von Sicherheitskräften gegenübersteht (elf Nennungen, davon fünf in Hamburg).

In Berlin Heerstraße Nord (20 %) und in Dresden Prohlis (18 %) werden zudem häufig Integrationsdefizite thematisiert. Mehrheitlich wird dabei eine klare Erwartungshaltung an Zugewanderte mit Migrationshintergrund zum Ausdruck gebracht, sich an die lokalen Gegebenheiten anzupassen; oft werden Migrantinnen und Migranten als Ursache von Problemen ausgemacht und häufiger auch in Form rassistischer Äußerungen abgewertet. Auf der anderen Seite formulieren etwa 40 Prozent derjenigen, die

Integrationsdefizite erkennen, jedoch auch, dass mehr Maßnahmen zur Sprach- und Integrationsförderung notwendig wären. In den anderen Städten spielt das Motiv Integration nur selten eine Rolle (1 bis 7 %) bzw. wird nicht auf die Migrantinnen und Migranten selbst bezogen, sondern in Form von Wünschen nach mehr Sprach- und Integrationsangeboten formuliert. In Düren wird von einem Befragten zudem der Wunsch geäußert, „von Alteingesessenen besser aufgenommen zu werden“.

Weitere regelmäßig genannte Wünsche bzw. Bedarfe beziehen sich auf mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten (insbesondere in Hamburg, siehe auch oben), Wohnraum- und Mietenprobleme (insbesondere in den Quartieren der beiden Millionenstädte (16 bis 17 %), aber auch in Dortmund und Dresden (7 bis 8 %) sowie auf eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit, die stadtübergreifend in knapp jeder zehnten Aussage eine Rolle spielt. Dazu gehört vor allem der Wunsch nach mehr Information über vorhandene Angebote und Ankündigungen zu Veranstaltungen und Aktionen im Stadtteil, aber auch die Forderung, dem negativen Image der Stadtteile durch positive Berichte entgegenzuwirken (siehe auch Abbildung 13 zur Verteilung der Antworten in Düren nach Kategorien).

Abbildung 13: Kategorisierung der Antworten auf die offene Frage nach den Wünschen der Befragten. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamtzahl aller Aussagen (N = 95)



DESI 2020

Die Antworten auf die Frage nach Wünschen zur Förderung von Beteiligung beziehen sich auf das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner und ihre Verantwortung für Miteinander und Zusammenhalt sowie auf die Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung („mehr Eigeninitiative der Bewohner und mehr Interesse der Politik“). Gewünscht wird, „dass die Bewohner die Initiative ergreifen und sich nicht nur beschweren“: Der „Wille sich zu beteiligen, muss bei den Nachbarn vorhanden sein“. Die Menschen sollten „mehr aufeinander achten“ und die „Nachbarn müssen besser zusammenhalten“. Die Wünsche richten sich aber auch an die Politiker bzw. die Politiker: „Die Stadt sollte die Bewohner und ihre Sorgen anhören und ernst nehmen“, Politiker müssen mehr Präsenz im Stadtteil zeigen, z.B.

durch Sprechstunden, müssen konkret mithelfen“ und es sollte „mehr politische (Beteiligungs-) Angebote geben. Gewünscht werden von vielen Befragten auch mehr (öffentliche) Ansprechpartner sowie flexiblere Beteiligungsangebote und häufige Stadtteilkonferenzen.

Demokratische Integration in den Untersuchungsgebieten

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zeigen, dass es in den Untersuchungsgebieten sehr unterschiedliche Logiken und Muster sozialer und demokratischer Integration gibt. Zu den wesentlichen Einflussfaktoren gehören sozioökonomische, soziodemografische und politische Strukturen und Dynamiken wie der Anteil sozial unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen, die Altersstruktur und Bevölkerungszusammensetzung, der Anteil von (jungen) Familien sowie das Vertrauen der Wohnbevölkerung in die lokale Politik. Die Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie werden zudem von der Ausrichtung und der Verankerung der Gemeinwesenarbeit im Quartier, der Akzeptanz, Nutzung und Verbreitung ihrer Angebote sowie von Charakter und Qualität kommunaler Politik geprägt.

In der Zusammenschau der Werte zeichnet sich Hamburg St. Pauli durch den höchsten Wert für die demokratische Integration des Gemeinwesens aus, etwas geschmälert nur durch das vergleichsweise geringe Vertrauen in lokale Politik, was als hohe Integration durch Engagement und Konflikt gedeutet werden kann. Den niedrigsten Wert weist das Gebiet Berlin Heerstraße Nord auf, mit deutlichen Tendenzen von Resignation und Rückzug sowie einer Erosion der demokratischen Integration. Düren zeichnet sich durch ein hohes Vertrauen in lokale Politik und ein starkes Engagement für lokale Anliegen aus, was auch den besonderen Charakter einer Mittelstadt widerspiegelt. Das untere Mittelfeld bilden die Stadtteile Dresden Prohlis und Dortmund Nordstadt mit jeweils unterschiedlichen Chancen und Herausforderungen.